



---

## **Ausschuß für Schule und Weiterbildung**

18. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*)

27. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.10 Uhr bis 11.45 Uhr

Vorsitz: Heinrich Meyers (CDU)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorlagen 12/798 und 12/875

in Verbindung damit:

---

\*) öffentlicher Teil siehe APr 12/415

**Artikel I § 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1202

Der Ausschuß stimmt über die von der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Änderungsanträge ab. Die Abstimmungen sind in der der Drucksache 12/1605 angehefteten Vorlage 12/1011 wiedergegeben.

Sodann stimmt der Ausschuß für Schule und Weiterbildung den Einzelplan 5 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktion der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

Weiterhin stimmt der Ausschuß für Schule und Weiterbildung Artikel I § 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften - Drucksache 12/1202 - mit den Stimmen der Fraktion der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU unverändert zu.

Heinrich Meyers (CDU) wird zum Berichterstatter benannt.

Seite

- 2      **Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen umsetzen**      4  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1371

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1371 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

- 3      **Die Drogenprävention in Nordrhein-Westfalen - Präventions-Vereinbarung erarbeiten**      7  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1233

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung kommt überein, sich in der am 4. Dezember stattfindenden Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sachkundig zu machen und dann die Beratung wieder aufzunehmen.

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorlagen 12/798 und 12/875

in Verbindung damit:

**Artikel I § 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/1202

**Dr. Hans Horn (CDU)** führt aus, die CDU-Fraktion habe sich in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer eingehenden Analyse des Einzelplans 05 im Schulausschuß herausgefordert gesehen, sehr konkrete Anträge zu dem Haushalt zu stellen. Die Anträge seien sowohl im Fachausschuß, aber auch im Plenum bei einer noch andersgearteten Geschäftsordnung begründet worden.

Die Vorschläge seien leider nur zu einem geringen Teil von der damaligen Mehrheitsfraktion, der SPD, honoriert worden. Manchmal habe die CDU-Fraktion die GRÜNEN noch auf ihrer Seite gehabt.

Man müsse feststellen, daß der Haushaltsentwurf für 1997, was die Haushaltsgestaltung, die Haushaltswirtschaft für das Land Nordrhein-Westfalen betreffe, in eine außerordentlich kritische Phase eingetreten sei. Das habe zwei Gründe: Zum einen sei die Verschuldung erheblich angestiegen. 1997 weise Nordrhein-Westfalen 172 Milliarden DM an Schulden auf. Wenn man zu konkreten Dingen Stellung nehme, dürfe man den allgemeinen Überbau nicht vergessen. Das bräuchte nicht zu sein, wenn man bedenke, daß der Anteil am Steueraufkommen durch die Länder von 1991 bis 1996 um 19,19 % gestiegen sei, während der Anteil des Bundes erheblich gesunken sei.

Daraus hätten andere Flächenländer wie Baden-Württemberg und Bayern Vorteile gezogen. Sie hätten ihre Verschuldungen erheblich reduziert. Nordrhein-Westfalen habe dies nicht getan, sondern den Haushalt sehr konsumorientiert weitergefahren. Daher komme die außerordentlich kritische Zuspitzung.

Zum anderen entspreche die Einnahmesituation nicht der Klarheit und Wahrheit. Mit anderen Worten: Der Haushaltsentwurf, so wie er vorgelegt sei, werde sehr bald überholt sein. Das sollte man deutlich sagen. Der Haushalt enthalte erhebliche Risiken, was die Einnahmeseite betreffe. Von seiten der SPD-Fraktion werde ja auch jetzt schon gesagt, daß im nächsten Jahr 2 Milliarden DM fehlen würden. In ein paar Monaten werde man das erfahren.

Er stelle fest: Das Land Nordrhein-Westfalen sollte seine Haltung im Bundesrat überprüfen, was die Blockadepolitik betreffe, um im Einvernehmen mit den anderen Ländern und der Bundesregierung zu wirklichen Einsparungen zu kommen. Auch diese Botschaft sollte vom Haushaltsentwurf 1997 ausgehen.

Weil es eben die höhere Verschuldung und auch die erheblichen Risiken bei der Einnahmesituation gebe und weil man feststellen müsse, daß der Wille zum Umsteuern, zur Konsolidierung nicht einmal im Ansatz zu erkennen sei und man so weiter fortfahre wie bisher, die Finanzkrise sich verschärfen werde, werde die CDU-Fraktion den Entwurf ablehnen. In den Plenardebatten des Landtages werde dies noch spezifiziert. Er nehme hier vorweg, was den Einzelplan 05 betreffe.

Auch halte er es für wenig zuträglich, wenn die Anträge der Koalitionsfraktionen erst kurz vor Beginn der Sitzung verteilt würden. Darüber müsse man wohl sehr lange beraten haben. Das ändere aber nicht die grundsätzliche Haltung aufgrund der Analyse, die sich auch auf den Einzelplan 05 bezogen habe und die den gesamten Haushaltsentwurf 1997 auszeichne.

In den zurückliegenden Jahren seien in den Einzelbereichen immer Forderungen gestellt worden, etwas draufzulegen, die Haushälter hätten dann das Sparen angemahnt, stellt **Manfred Degen (SPD)** heraus. Jetzt werde auch im Schulausschuß das Sparen zum Prinzip erhoben.

Er wisse nicht, ob man im Einzelplan 05 große Spielräume habe, etwas zu sparen - im Gegenteil. Seine Fraktion sei sich der kritischen Situation bewußt. Nicht zuletzt aufgrund dieser Situation seien Mehrbedarfe nicht mehr durch neue zusätzliche Einstellungen zu decken, sondern durch das Konzept der Landesregierung.

Trotzdem hätten die Koalitionsfraktionen versucht, in diesem Haushalt an einigen Punkten ganz bescheiden etwas zu ändern. Das gehe aus den Anträgen hervor.

Im übrigen seien auch in den zurückliegenden Jahren und in der letzten Legislaturperiode die Anträge in der Regel relativ kurz vor der Sitzung vorgestellt worden. In diesem Jahr hätten die Koalitionsfraktionen zusätzlichen Abstimmungsbedarf gehabt. Das brauche seine Zeit. Dies werde auch sehr sorgfältig gemacht, um zu Übereinstimmungen zu kommen.

Er bitte darum, über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diskutieren und darüber abzustimmen.

**Brigitte Schumann (GRÜNE)** bestreitet, daß sie in der letzten Legislaturperiode jemals mit der CDU zusammengearbeitet habe. Man könne natürlich niemanden daran hindern, Anträge, die er persönlich für gut halte, zu unterstützen.

Sie begrüße es, daß die CDU nicht wieder die Linie fortsetze, die sie in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre eingeschlagen habe, nämlich ganze Systeme abschaffen zu wollen, ein Gesamtschulmoratorium einzurichten, den Gesamtschulen Stellen wegzunehmen, als gebe es dort keine Schülerinnen und Schüler, Stellen von den Kollegschulen abzuziehen, Soest oder die Laborschule abzuschaffen, eben alles Projekte, die der CDU ein Dorn im Auge seien.

Den Vorschlägen sei ihre Fraktion nie gefolgt. Die Begründung, warum die CDU meine, ohne Anträge auskommen zu können, könne sie nicht mittragen.

Wenn die CDU sage, die Verschuldung sei ein NRW-gemachtes Problem, so erwidere sie, die Strangulierung der Bundespolitik für die Haushalte der Länder sei außerordentlich groß. Alles andere müsse man bestreiten und zurückweisen.

Ihre Fraktion und die SPD-Fraktion hätten gemeinsam berechtigte Anträge formuliert. Daß es nicht mehr geworden seien, könne man aus fachlicher Sicht bedauern. Darüber werde aber anderswo zu reden sein.

Das Ziel der Haushaltskonsolidierung sei für die Landesregierung unverrückbar, hält **Ministerin Gabriele Behler** fest. Das habe nicht nur der Finanzminister, sondern das hätten auch die verschiedenen Mitglieder der Landesregierung an allen Stellen zum Ausdruck gebracht.

Sie wäre der CDU sehr dankbar, wenn sie die Landesregierung bei ihren Bemühungen auch im Bundesrat darin unterstützen würde, tatsächlich die entsprechende Ausstattung zu bekommen. Man könne nicht auf der einen Seite von der Landesregierung ein stärkeres Maß an Einsparung oder an Konsolidierung abverlangen, wenn auf der anderen Seite die Grundlage für ein solches konsolidierendes Handeln den Ländern weitgehend entzogen werde.

Sie mache auf wenige Punkte aufmerksam: Rund 35 % der Finanzausgleichszahlungen an die neuen Länder stammten aus Nordrhein-Westfalen, zwei Drittel der Neuverschuldung der kommenden Jahre seien durch die deutsche Einheit bedingt. Mit den Ausgabesteigerungsraten bleibe Nordrhein-Westfalen deutlich unter den Einnahmewachsraten. Diese würden im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2000 bei plus 3,4 % liegen, der durchschnittliche Zuwachs der Ausgaben aber bei 1,8 %. Wenn man sich die verschiedenen Indikatoren in den Ländern vor Augen führe und dies mit der Situation des Bundeshaushalts vergleiche, dann habe sich das Land Nordrhein-Westfalen nicht zu verstecken.

Sodann **stimmt der Ausschuß** über die von der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegte **Änderungsanträge zum Einzelplan 05 ab**. Die Abstimmungsergebnisse über die Änderungsanträge und die GesamtAbstimmung zum Einzelplan 05 und zu Artikel I § 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisung des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften Drucksache 12/1202 sind in der in Drucksache 12/1605 enthaltenen Vorlage 12/1011 wiedergegeben.

**Zum Berichterstatter wird der Vorsitzende Heinrich Meyers (CDU) benannt.**

## **2      Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen umsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1371

**Manfred Degen (SPD)** erklärt, er habe den Eindruck gewonnen, daß der Wirtschaftsausschuß in seiner Sitzung am 23. Oktober über diesen Antrag und nicht über die Flexibilisierung der Berufsschulbildung gesprochen habe. Die Inhalte der Diskussionsbeiträge hätten sich ausschließlich auf diesen Antrag zum Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen bezogen.

Die Diskussion und der ursprüngliche Antrag hätten sich nicht auf die Flexibilisierung der Berufsausbildung bezogen, sondern auf den Berufsschulunterricht. Dies sei der wesentliche Grund, warum seine Fraktion den zwei Sätzen aus dem Beschluß des Wirtschaftsausschusses nicht habe zustimmen können.

Das, was der Schulausschuß als mitberatender Ausschuß zum Antrag 12/1371 sagen könne, sei bereits in der Diskussion im öffentlichen Teil gesagt worden. Die Stellungnahme der SPD-Fraktion werde im Entschließungsantrag wiedergegeben.

**Marie-Theres Ley (Köln) (CDU)** macht darauf aufmerksam, daß sich der Antrag Drucksache 12/1032 fast ausschließlich auf den Berufsschulunterricht beziehe. Sie habe auch nur vom Berufsschulunterricht gesprochen.

Wenn die Ministerin sage, die CDU würde jetzt das machen, was die SPD seit einigen Monaten schon durchführe, so weise sie darauf hin, daß der Antrag vom Mai datiere. Die Landesregierung habe die Argumente sehr schnell aufgenommen. - Der Konsens stamme aber aus dem Dezember, wirft **Ministerin Gabriele Behler** ein.